



1. DER STADT SCHMECKT'S VOM NAHEN LAND: Regionale Bio-Erzeugung fördern!

Wo stehen wir? Die Länder Berlin und Brandenburg arbeiten bei der Agrarpolitik auf der Grundlage eines gemeinsamen Staatsvertrages zusammen. Doch die Gestaltungsmöglichkeiten Berlins sind begrenzt, weil das Land Berlin seine Zuständigkeit für die Landwirtschaft größtenteils an die brandenburgische Landwirtschaftsverwaltung abgegeben hat. Die Umsetzung der EU-Agrarpolitik, das Erneuerbare Energien-Gesetz und eine verfehlte Bewilligungspolitik haben in Brandenburg zu einer Fokussierung auf Großviehanlagen und Bioenergie geführt. Das hat zur Folge, dass die Nachfrage nach regionalen, nachhaltig erzeugten Lebensmitteln kaum nennenswert aus der Region gedeckt werden kann.

Wo wollen wir hin? Zukunftsfähige ökologische Landwirtschaft in und um Berlin ist die Basis für eine zukunftsfähige Nahversorgung der Stadt. Berlin und Brandenburg setzen sich gemeinsam für die Stärkung und den Ausbau (auch klein)bäuerlicher und ökologischer Agrarstrukturen in der Region ein, um eine bedarfsgerechte, natur- und sozialverträgliche sowie qualitativ hochwertige Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Wo nötig setzen sich beide Länder auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, regionale Weichen zu stellen. Für Brandenburger Bauern und Bäuerinnen und für Verarbeiter*innen ist die Umstellung auf Bio-Produktion risikoarm, da sie sich in verschiedenste, gut etablierte regionale Wertschöpfungskreisläufe integrieren können und ihnen auch in der Umstellungszeit verlässliche Einkommen garantiert sind.

Unsere dringlichsten Forderungen:

- 1a Mehr junges Gemüse:** Ausbau des Ökolandbaus und Förderung von Junglandwirt*innen und Umsteller*innen! Berlin und Brandenburg müssen gemeinsam einen langfristig angelegten und verlässlichen Förderrahmen zum Ausbau der ökologischen Landwirtschaft sicherstellen. Dazu gehören vor allem die gezielte finanzielle Unterstützung und Beratung von regionalen Landwirt*innen in der Umstellungszeit, geeignete Förderprogramme für Junglandwirt*innen (z. B. durch eine ausreichende Junglandwirt*innen-Prämie, günstige Kredite über die Landesbanken und ggfs. staatliche Darlehen) und für Existenzgründer*innen inkl. Neu-/Quereinsteiger*innen (z. B. durch einen staatlichen Existenzgründungs-Fonds). Nur so wird zugleich der überall anstehende Generationswechsel in der ökologischen Landwirtschaft gelingen.
- 1b Boden unter den Füßen:** Zugang zu Land, transparent, nachhaltig und fair! Um jungen Menschen eine Zukunft auf dem Land zu ermöglichen und vielfältige landwirtschaftliche Strukturen zu fördern, muss ihnen der Zugang zu Agrarflächen deutlich erleichtert werden und vor allem unter fairen Bedingungen erfolgen. Landverkäufe und Neuverpachtungen agrarisch genutzter Flächen, inklusive die der Berliner Stadtgüter, müssen daher an transparente Kriterien gebunden sein, die gezielt die natur- und sozialverträgliche, standortangepasste sowie bäuerliche Landwirtschaft fördern. Zudem muss Berlin sich dafür einsetzen, dass auch der Verkauf von Agrarflächen durch die Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft des Bundes (BVVG) konsequent an diese Kriterien geknüpft wird. Zur Verbesserung des Zugangs zu Agrarflächen sollen die Länder Berlin und Brandenburg einen Flächenpool bereitstellen, der in der Region verankerte bzw. sich dort niederlassende Landwirt*innen und Junglandwirt*innen gezielt unterstützt.
- 1c Zusammen mit Brandenburg:** Butter bei die Fische! Berlin muss mehr Gestaltungskompetenz auf Landesebene (ggf. über eine Neuverhandlung entsprechender Punkte des vorhandenen Staatsvertrags) beanspruchen und die eigene Stimme auf Bundesebene im Agrarministerrat selbstbewusst nutzen. Dabei soll Berlin auch dafür sorgen, dass alle vorhandenen Gestaltungsspielräume bei der Vergabe von EU-Agrarsubventionen genutzt werden, um regionale, ökologische Erzeugung und Diversifizierung zu fördern, anstelle von Monokulturen, Überproduktion und Bodenausbeutung!

